

Rede

von

Dr. Peter Gauweiler, MdB
Staatsminister a.D.

„Fern dem Bürger und der Lebenswirklichkeit?
Politiker und Parteien in der Kritik und vor neuen Herausforderungen“

Veranstaltung der Katholischen Akademie in Bayern
„Bürger und Politik
Ist unsere Demokratie zukunftsfähig?“

München, am 20. Mai 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Anreden

- Frau Margarete Bause, MdL
- Herr Akademiedirektor Dr. Florian Schuller

„Mehr Demokratie wagen“

Talleyrand

„Wo ist das Volk, ich muss ihm nach, ich bin doch sein Führer!“

Das stammt von Talleyrand, ist rund zweihundert Jahre alt, passt aber für fast die gesamte politische Klasse von heute.

Von der Politik-
müdigkeit zum
Wutbürger

Noch vor wenigen Jahren wurde eine allgemeine Politikmüdigkeit beklagt. Heute sind die Bürger politisch so engagiert wie lange nicht – aber nicht in den Parteien, sondern an ihnen vorbei oder gegen sie.

- Die Parteien und die repräsentative Demokratie stehen in der Kritik.
- Der „Wutbürger“ wird 2010 zum „Wort des Jahres“ gewählt.

„*Postdemokratie*“ Man muss nicht soweit gehen wie Colin Crouch mit seinem Buch „*Postdemokratie*“, der die These vertritt: Angesichts der neuen Herausforderungen, wie etwa der Globalisierung, würde die klassische Demokratie sich inhaltlich entleeren und nur die formale Hülle einer „Schein-Demokratie“ und die Illusion demokratischer Rechte hinterlassen.

Willy Brandt Soweit ist es wohl noch nicht. Aber wir müssen achtgeben.

Verehrten Frau Bause: Vor Jahrzehnten haben wir uns mit Ihnen, den Grünen und der SPD ewig herumgestritten über ihrer Forderung nach der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft - Willy Brandt und sein „*Mehr Demokratie wagen*“ in seiner ersten Regierungserklärung.

Heute müssen auch und gerade die Bürgerlichen und die Konservativen, welche für Demokratie, Rechtsstaat und Souveränität des Volkes eintreten, die Forderung nach „*Mehr Demokratie*“ und mehr Bürgerbeteiligung in Deutschland auf ihre Fahnen schreiben.

Mehr Bürgerbeteiligung

Symbiose der De-
mokratien

Die Bürger wollen sich einerseits politisch betätigen und beteiligen, sie begegnen andererseits der parlamentarischen Demokratie mit wachsendem Misstrauen. Wie lässt sich dieser Konflikt lösen? Wohl nur, indem wir unsere parlamentarische Demokratie für neue Formen der direkten Demokratie öffnen, sie dadurch bereichern und zu einer Symbiose von direkter und parlamentarischer Demokratie finden:

Zwei Formen, die sich nicht widersprechen, sondern ergänzen.

Bürger wieder ent-
decken

Das heißt als erstes: Parteien und Politik müssen den Bürger wieder entdecken, ernst nehmen und einbeziehen. Sie müssen Unruhe und Protest der Bürger nicht als Störung, sondern als Belebung und Anstoß verstehen.

Schlichtung Geiß-
lers

Gleich welche Folgen die Schlichtung Geißlers zu Stuttgart 21 haben wird: Künftige Großvorhaben werden in Deutschland nicht ohne einen öffentlichen Diskurs aller

Beteiligten und Betroffenen, nicht ohne frühestmögliche Information und Diskussion realisiert werden können.

Gutem Beispiel folgen Wir brauchen vor allem eine Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen, die diesen Namen verdient. Wir brauchen Volksabstimmungen und Referenden, wie sie in Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Österreich, Portugal, Griechenland, Schweden, Norwegen, Irland, Finnland, Italien, Spanien und vor allem in der Schweiz selbstverständliche demokratische Praxis sind.

Bayern geht voran In Bayern sind wir damit schon ein gutes Stück vorangekommen. Seit dem 1. Oktober 1995 haben die Menschen in Bayern das Recht auf Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Es wurde durch einen Volksentscheid durchgesetzt.

- Mit rund 1800 direktdemokratischen Verfahren haben die Bayern seither diese Möglichkeit intensiv genutzt.

- Mit dem Volksentscheid über den Nichtraucherschutz oder jüngst zu den Winterspielen 2018 höchst strittige, emotionale Fragen entschieden und befriedet.

Mehr Demokratie in Europa

Europäischer Wutbürger

Persönlich wünsche ich mit mehr Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung vor allem dort, wo sich die größte Politikverdrossenheit – wenn auch noch fast unbemerkt – am höchsten aufgetürmt hat: auf europäischer Ebene. Ich bin europäischer Wutbürger.

Schwinden der Demokratie in Europa

Europa verliert zunehmend an demokratischer Substanz. Wir leben in einem Europa,

- in dem der Einigungsprozess über die Köpfe der Bevölkerung hinweg betrieben wird;
- immer mehr Kompetenzen der nationalen Staaten nach Brüssel abgegeben werden (achtzig Prozent unserer Gesetze werden dort gemacht);
- in dem rund die Hälfte unseres Staatshaushaltes für Schulden anderer Staaten verpfändet wurden

und damit tief in das Budgetrecht des deutschen Parlaments und damit zugleich in das Wahlrecht des deutschen Souveräns, des Volkes, eingegriffen wurde;

- in dem Geheimdiplomatie wie zu Zeiten des Absolutismus betrieben wird, an den Parlamenten und der Öffentlichkeit vorbei;
- und in dem sich die Bundesregierung von derartigen Gepflogenheiten anstecken lässt.

Wenn der CDU-Bundestagspräsident Norbert Lammert der CDU-Kanzlerin in dieser Sache Missachtung des Parlaments öffentlich vorwirft, sollten alle Alarmglocken läuten.

Man hat das bange Gefühl, dass die parlamentarische Demokratie, die großartige Leistung der europäischen Nationalstaaten, in der supernationalen Organisation der Europäischen Union - ohne echtem Parlament, ohne Gewaltenteilung, ohne wechselseitige Kontrolle der Gewalten - wie in einem schwarzen Loch versinkt.

Bundesverfas- Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissa-
sungsgerichts zum bon-Vertrag hat vor bald zwei Jahren Leitplanken ge-
Lissabon-Vertrag setzt, die Deutschland Souveränität, Demokratie und
Rechtstaat in Europa sichern.

Volksentscheid So hat das Bundesverfassungsgericht auch festgestellt,
über Bundesstaat dass über den Beitritt Deutschlands zu einem europäi-
EU schen Bundesstaat das Volk entscheiden muss. Für die
Euro-Nomenklatur mag das nach neun gescheiterten
Volksbefragungen ein Schreckgespenst sein. Für uns
aber ist dies die letzte Bastion unserer staatlichen Sou-
veränität und Demokratie.

CSU- Damit sollte es aber nicht genug sein. Die CSU hat sich
Wahlprogramm in ihrem Wahlprogramm für den Europa-Wahlkampf
2009 dafür ausgesprochen,

*„die Bürger bei wichtigen Fragen zur Europas Zu-
kunft mit Volksabstimmungen in die Entscheidun-
gen einzubeziehen.“*

Dieses Versprechen wurde bislang nicht eingelöst. Da-
bei haben sich in der letzten Zeit mehr als genug „wich-

tige Fragen zu Europas Zukunft“ gestellt, bei denen sowohl das Parlament wie die Bürger sehr viel stärker in die Entscheidung mit einzubeziehen gewesen wären.

Mehr Demokratie in Deutschland

Vor-Wahlen

Aber auch in unserem Land selbst gäbe es genug Ansatzpunkte für „mehr Demokratie“: Nur mit Neid und Bewunderung konnte man verfolgen, wie in den USA an der Kandidatenaufstellung für den Präsidenten im Jahr 2008 rund 60 Mio. Menschen teilnahmen.

Bei uns war die Nominierung von Frank Walter Steinmeier zum Kanzlerkandidaten der SPD eine Sache von sieben Entscheidungsträgern. Am Frühstück in Wolferratshausen mit der folgenden Kandidatur von Edmund Stoiber nahmen bekanntermaßen nur zwei teil.

„Amerika, Du hast es besser, als unserer Kontinent, der Alte“

(Johann Wolfgang von Goethe).

Volks-Präsident Alle unsere Bundespräsidenten haben bisher auch darauf hingewiesen, dass es eigentlich nicht richtig ist, dass ihr Amt seine Legitimation letztlich nur durch Parteiabsprachen erhält. Wir sollten langsam die demokratische Reife unseres Nachbarlands Österreich erreichen, wo der Bundespräsident vom Volk gewählt wird.

Mehr Bürgerbeteiligung in den Parteien Schließlich täte auch unseren Parteien mehr Bürgerbeteiligung sehr gut. Bei Beginn und Entfaltung der Demokratie seit dem 19ten Jahrhundert waren die Parteien der wichtigste Transmissionsriemen zwischen Bürgern und Staat. Aber zwischenzeitlich sind sie erstarrt zu einer geschlossenen Kaste. Nach 50 Jahren muss in der öffentlichen Sache immer etwas neu gemacht werden, sagte Goethe in seinen Gesprächen zu Eckermann. Sonst wird alles unbeweglich und verschildkrötet.

Listen-Wahl Warum sollte man z.B. nicht das Listen-Wahl-Prinzip überdenken? Die Hälfte aller Bundestagsabgeordneten wird nicht vom Wähler bestimmt. Wie demokratisch ist das?

Gut, in Bayern säße die CSU dann ziemlich alleine im

Landtag. Aber vielleicht würde sich dies dann auch ändern.

Direktwahl des
Vorsitzenden

Die CSU hatte es sich auch einmal vorgenommen, den Vorsitzenden und die Spitzenkandidaten von den Mitgliedern wählen zu lassen. Das ist irgendwie in Vergessenheit geraten.

Licht und Schatten direkter Demokratie

Lanze für parlamentarische
Demokratie

Neue Formen direkter Demokratie sollten die parlamentarische Demokratie mit ihren Parteien bereichern, aber nicht schwächen. Denn sie besitzt Vorzüge, die der direkten Demokratie abgehen.

Die parlamentarische Demokratie und die Parteien bilden die Meinungs- und Interessenvielfalt der Gesellschaft ab und stimmen Einzelinteressen mit der Verantwortung für das Gemeinwohl ab.

Das gelingt Volksabstimmungen weit weniger.

Wahlbeteiligung

Das beginnt schon damit, dass die Beteiligung an allgemeinen Wahlen bei uns regelmäßig wesentlich, d.h. um 20 bis 30 Prozent, höher ist als bei Volksabstimmungen.

- Beim Berliner Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof im April 2008 stimmten nur 36,1 Prozent der Wahlbeteiligten ab,
- bei der Bayerischen Abstimmung zum Nichtraucherschutz im Juli 2010 waren es 37,7 Prozent
- und beim Volksentscheid gegen die Schulreform in Hamburg im Juli 2010 waren es 36,1 Prozent.
- Im Ergebnis stützt sich das „Ja“ zum Nichtraucherschutz in Bayern auf nur 23 Prozent der Wahlberechtigten.

Die jeweiligen Landtagswahlen hatten alle eine um 20 Prozent höhere Beteiligung.

Eine Ausnahme war der jüngste Bürgerentscheid in Garmisch-Partenkirchen mit fast 60 Prozent Beteiligung.

Oligarchie der gebildeten Mittelschicht

Die neuen Formen direkt-demokratischer Beteiligung begünstigen überwiegend die gebildeten und artikulierten Mittelklassen. An diesen Formen partizipieren mit erheblich höherem Anteil Angehörige der Ober- und Mittelschicht. Angehörige der Arbeiter- und Unterschichten, formal weniger Gebildete, auch Migranten sind wesentlich seltener dort anzutreffen, weil sie die materiellen und kulturellen Zutrittsschwellen schwer überschreiten können.

Hamburger „Schulstreit“

Typisches Beispiel ist der Hamburger „Schulstreit“. Die Schulreform der schwarz-grünen Koalition hatte zum Ziel, Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten stärker zu fördern, unter anderem durch die Einführung einer sechs-jährigen Primarschule, welche die vierjährige Grundschule ersetzen sollte.

Gegen dieses Vorhaben haben die Hamburger am 18. Juli 2010 mehrheitlich im Rahmen eines Volkstscheids gestimmt. An diesem Bürgerentscheid waren nachweislich die bildungsfernen Familien, die von der Reform profitiert hätten, unterdurchschnittlich beteiligt,

Die Kampagne wurde vom klassischen Bildungsbürgertum initiiert und getragen. Die „Problemviertel“ blieben größtenteils der Urne fern.

Auch in den Parteien und Parlamenten sind Akademiker stärker als im Durchschnitt vertreten (besonders stark im Übrigen bei den Grünen). Aber in der innerparteilichen und parlamentarischen Diskussion können sich deren oligarchische Einzelinteressen nicht derart durchsetzen wie im genannten Fall.

Linke Wutbürger

Nur am Rande: Auch der durchschnittliche Demonstrant gegen Stuttgart 21 war Akademiker mittleren Alters:

- Die Hälfte mit Uni-Abschluss, drei Viertel über 40 Jahren.
- Politische Orientierung: zu 75 bis 80 Prozent Wähler der Grünen.

Die Stuttgarter Wutbürger waren nicht das konservative bürgerliche Schwaben, sondern die linke Mitte des Landes. So das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung auf der Grundlage von Erhebungen vor Ort.

„Nimby Wars“

Schließlich sind Volksabstimmungen, insbesondere auf lokaler Ebene, oft auch schlicht von dem geprägt, was bei uns das „Sankt-Florians-Prinzip“ heißt, oder in Amerika „Nimby Wars“: „Not In My Backyard“ – nicht in meinem Garten.

Bürger haben zwar gerne Windräder, Bahnanschluss und Leitungen für Ökostrom, aber bitte nicht vor der eigenen Haustüre.

Wenn wir den Umbau unserer Energieversorgung mit der Energie vorantreiben wollen, die nötig ist, dann werden wir Windkraftanlagen, Stromnetze und neue Kraftwerke in großer Zahl bauen müssen. St. Florian wird einiges zu tun bekommen.

Verdruss an der politischen Unterforderung

Jürgen Habermas

Es gibt eine Fülle von Gründen für die Politikverdrossenheit vieler Bürger. Einen wohl sehr wesentlichen hat jüngst Jürgen Habermas (in der Süddeutschen Zeitung vom 7. April 2011) genannt:

Den Verdruss der Bürger

„an einer politischen Unterforderung...

Die Bürger spüren, dass ihnen eine normativ entkernte Politik etwas vorenthält. Dieses Defizit drückt sich sowohl in der Abwendung von der organisierten Politik aus, wie in jener neuen Protestbereitschaft der Basis, für die Stuttgart 21 die Chiffre ist.“

Den Bürger fordern **Also was tun?**

- Fordern wir den Bürger wieder.
- Machen wir die Parteien und Parlamente wieder zum Forum der echten politischen Auseinandersetzung um die großen Probleme unserer Zeit, vom Klimawandel über die Kerntechnik bis hin zur Frage Europas und seiner weiteren Zukunft.
- Nehmen wir den Bürger so ernst, wie er die Politik nimmt.
- Dann wird er auch die Politiker und Parteien wieder ernst nehmen, wie sie es verdienen.

Rede
von
Dr. Peter Gauweiler, MdB
Staatsminister a.D.
„Fern dem Bürger und der Lebenswirklichkeit?“
Kath. Akademie in Bayern
München, 20.05.2011

Anreden.....	1
„Mehr Demokratie wagen“	1
Talleyrand	1
Von der Politikmüdigkeit zum Wutbürger	1
„Postdemokratie“	2
Willy Brandt	2
Mehr Bürgerbeteiligung	3
Symbiose der Demokratien	3
Bürger wieder entdecken.....	3
Schlichtung Geißlers	3
Gutem Beispiel folgen	4
Bayern geht voran	4
Mehr Demokratie in Europa	5
Europäischer Wutbürger.....	5
Schwinden der Demokratie in Europa	5
Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag	7
Volksentscheid über Bundesstaat EU.....	7
CSU-Wahlprogramm	7
Mehr Demokratie in Deutschland	8
Vor-Wahlen	8
Volks-Präsident	9
Mehr Bürgerbeteiligung in den Parteien.....	9
Listen-Wahl	9
Direktwahl des Vorsitzenden	10
Licht und Schatten direkter Demokratie	10
Lanze für parlamentarische Demokratie	10
Wahlbeteiligung.....	11
Oligarchie der gebildeten Mittelschicht	12
Hamburger „Schulstreit“	12
Linke Wutbürger.....	13
„Nimby Wars“	14
Verdross an der politischen Unterforderung.....	14
Jürgen Habermas.....	14
Den Bürger fordern.....	15